

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschatz werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Butter und Margarine zu teuer

Wir haben hier schon gegen den notverordneten Zwang protestiert, der Margarine Butter beizumischen. Das geschah natürlich nicht aus Liebe zu den Margarinefabrikanten. Dazu liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Ebenso wie gegen den Beimischungszwang, treten wir gegen die Preispolitik der Margarinekapitalisten auf. Eine Notverordnung, die diesen Profitgenossen die Monopolstellung nimmt und den Verbraucher vor willkürlicher Ausplünderung schützt, wäre wirklich am Platze.

Eine Reihe von Umständen haben die Produktionskosten für Margarine stark gesenkt. Infolge der Rationalisierung ist der Anteil der Löhne an dem Wert der deutschen Margarineproduktion bis auf 4 vH gesunken. Die teuren tierischen Fette, die 1870 noch 70 vH aller Rohstoffe ausmachten, waren 1928 nur noch mit 6 vH an der Rohmateriallieferung beteiligt. Pflanzenfette sind im Preise aber stark gesunken. Die Londoner Notierung für Kokosöl und Palmöl stand im Juni 1932 um 60 und 70 vH unter dem Vorkriegspreis. Technische Verbesserungen ermöglichten, alle Fettarten geruch-, geschmack- und farblos zu machen. Das ermöglichte die Verwendung von Walfischtran in größeren Mengen. Trotz enormer Senkung der Produktionskosten stand aber der deutsche Margarinepreis bis 1930 — also bis weit in die Krise hinein — über dem Vorkriegsstand und ist auch heute noch viel zu hoch. 1928 gehörten 60 von insgesamt 80 Margarinefabriken in Deutschland dem Unilevertrust, der seine marktbeherrschende Monopolstellung trotz sinkender Gestehungskosten zur Preishochhaltung ausnützt.

Auch der deutsche Butterpreis ist zu hoch. In den außerdeutschen Ländern ist Butter viel billiger als in Deutschland. So kosteten im Juni 1932 in Berlin 100 kg Butter 202 M; in Leuwarden (Holland) 187,30 M; in London 146,19 M; in Kopenhagen nur 122,38 M. Der deutsche Preis lag also um 80 M für 100 kg über dem dänischen Preis!

Jetzt soll durch den Beimischungszwang das Butterangebot auf dem deutschen Markt verringert und dadurch der Preis erhöht werden. Ob auf diese Weise den Milchproduzenten wirklich Vorteile erwachsen, muß bezweifelt werden. Denn bei Erhöhung des Preises für Butter ist zu erwarten, daß ein weiterer Kreis bisheriger Butterkonsumenten zum Margarineverbrauch gezwungen wird. Leider gibt es für Deutschland keine amtliche Margarinestatistik. Aber aus amerikanischen Quellen läßt sich für Jahrzehnte eine fast gesetzmäßige Beziehung nachweisen: Je höher der Butterpreis, desto größer ist jeweils der Verbrauch an Margarine.

Der deutsche Butterpreis muß gestützt werden, weil die deutsche Milchwirtschaft unrentabel arbeitet. Seit langem weisen die Fachleute schon darauf hin, daß die Leistung der Milchkühe gesteigert werden müsse. Im Jahre 1931 lieferten in Deutschland 9,6 Millionen Kühe

eine Milchmenge von insgesamt rund 23 Milliarden Liter. Das macht eine jährliche Durchschnittsleistung von 2370 Liter je Kuh. Wenn es auch nicht möglich sein wird, daß alle Milchkühe die Spitzenleistung der Wunderkuh „Therese“ mit jährlich über 16 000 Liter Milch erreichen, so muß doch bemerkt werden, daß die unter Fütterungskontrolle stehenden Kühe im Durchschnitt eine Milchleistung von 3690 Liter ergeben haben. Selbst Arbeitskühe unter Kontrolle erreichten Leistungen, die um 420 Liter je Kuh über dem Reichsdurchschnitt liegen.

Wenn es gelingt, den Durchschnittsertrag je Kuh auf nur 3000 Liter jährlich zu steigern, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt, dann könnten in Deutschland rund 2 Millionen unrentable Kühe abgeschafft werden. Dadurch könnte zunächst eine sehr starke Senkung der Preise für Milch und Butter ermöglicht werden. Jede weitere Leistungssteigerung und jede Neuaufzucht hochwertiger Milchkühe bedeutete dann einen Schritt zu einer wirklich rentablen Selbstversorgung des deutschen Marktes für Milch und Molkereiprodukte. Dabei würden beide, die Verbraucher und die Landwirte, nur gewinnen.

Heute stehen im Reichsdurchschnitt nur etwa 10 vH der Kühe unter Kontrolle. In den Kleinbauernländern Württemberg und Baden sind aber weniger als 1,5 vH der Kühe unter Leistungskontrolle, obwohl für das Kontrollwesen jährlich nur 3 bis 5 M je Kuh aufgewendet werden muß. Dabei kann durch sachgemäße Fütterung die geringe Steigerung der Futterausgaben durch stark vermehrte Einnahmen aus den Milchträgen mehr als wettgemacht werden.

Hier sollte die Politik einsetzen. Statt Subventionen an den Großgrundbesitz sollten Staatsmittel zur Förderung des Kontrollwesens in der kleinbäuerlichen Milchwirtschaft zum Bau mustergültiger Genossenschaftsmolkereien und zur Ausbildung wirklich geschulter Stallgehilfen bereitgestellt werden. Dann brauchte der deutsche Kleinbauer weniger Konkurrenz zu fürchten, könnte bei Wegfall der Futtermittelzölle den Milchpreis senken, und die Verbraucher würden bei erniedrigten Butterpreisen zum Verzehr von Molkereibutter zurückkehren, die sie heute wegen des hohen Preises nicht kaufen können.

Auch durch die Ausschaltung des preisverteuernden Zwischenhandels kann der Kleinbauer, insbesondere bei der Milch seine Erträge steigern, ohne daß eine Verteuerung seiner Produkte eintritt. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau (17. Dezember 1932) berichtet ein Beispiel hierfür aus Bayern. Dort bezieht eine Konsumgenossenschaft Milch direkt von den Bauern und zahlt 16 Pf. je Liter, während die am Orte befindliche Käserei nur 12 Pf. bezahlt. Trotzdem ist der Käse im Konsumverein aber nicht teurer als in der privaten Käserei.

30stündige Arbeitswoche! Muß die Losung sein

F.K. Im Jahre 1889 wurde der Achtstundentag als Ziel der internationalen Arbeiterschaft aufgestellt. Über diese Forderung haben damals, wie wir uns noch gut erinnern, viele Arbeiter heftig den Kopf geschüttelt. Es wollte ihnen nicht in den Sinn, daß man mit einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden bestehen könne. Sie schätzten ja 12 Stunden täglich und oft den halben Sonntag. Und dafür erhielten sie 15, 18, wenn es ganz hoch ging, 21 Mark. Andererseits waren die Handbetriebe noch allgemein. Eine Werkstatt mit einem Gasmotor galt als äußerst modern. Die Bohrmaschinen, Stanzen und Blasebälge wurden noch mit der Hand bewegt. Dann und besonders waren die Gewerkschaften den meisten Arbeitern kaum dem Namen nach bekannt. Es fehlte also die Macht, die den Achtstundentag durchzusetzen vermochte, während sozialpolitischer Unverstand und Reaktion in allen Ländern eine eiserne Front gegen jeden Fortschritt bildeten.

Das alles war natürlich auch dem Kongreß von Paris, der die erstaunliche Forderung aufstellte, wohl bekannt. Doch er hielt sich nicht bei den geistigen, technischen und sonstigen Unzulänglichkeiten seiner Zeit auf, sondern forderte die Verkürzung der Arbeitszeit um ein Drittel. Er hielt sich verpflichtet, weiter zu blicken als seine Umwelt. Er hielt dafür, dem gedrückten Proletariat über alles Gestrüpp hinweg ein hohes Ziel zu zeigen. Er war sich bewußt, daß man Kühnheit, phantastische Kühnheit zeigen muß, wenn man die Masse fesseln, begeistern und kampftüchtig machen will.

Daß das Führergeschlecht von 1889 wohlgetan hat, wissen wir alle. Seine Kühnheit war halber Erfolg. Alle Befürchtungen, die die Forderung entfachte, haben sich als unbegründet erwiesen. Der Gedanke des Achtstundentags hat die schwer Fronenden, geistig rückständigen, unorganisierten Massen vereint, hoffnungsvoll gemacht und von Sieg zu Sieg geführt. Das Führergeschlecht von 1889 hat sich in die Geschichte eingetragen — durch seine leben-, kraft- und siebringende Kühnheit.

Seitdem haben sich Menschen und Verhältnisse mächtig gewandelt, vor allem aber die Technik. Aus den Krautruben von damals sind elektrisch bewegte Betriebe geworden; man schafft nicht mehr nach Faustregeln, sondern nach raffiniert ausgeklügelten Methoden; man hört nicht mehr, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit der menschliche Bedarf nicht gedeckt werden könne, sondern die Arbeitszeit wird nun herabgesetzt, um nicht von der Fülle der Produkte erdrückt zu werden. Gleichzeitig wird allwärts bienenfließig daran geschaffelt, die menschliche Arbeitskraft noch mehr durch Maschinen und rationelle Arbeitsmethoden auszuschalten. Das ganze Unternehmertum strebt wie besessen nach der menschenleeren Fabrik.

Wie weit sich das Unternehmertum seinem Ideal, der menschenleeren Fabrik, schon genähert hat, ist an den Arbeitslosenzahlen nachzulesen. Die Ausschaltung der Menschen aus dem Betrieb geht selbst während der Wirtschaftsstockung rastlos weiter, Tag für Tag werden steigende Fördermengen bei sinkender Arbeiterzahl gemeldet. In unzähligen Fällen hat man durch billige Kredite, öffentliche Aufträge, Einstellungsprämien und Gott weiß was sonst noch versucht, die Zahl der Beschäftigten zu steigern. Alles umsonst. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Bei steigender Produktion abnehmende Belegschaft!

In allen Ländern liegen Erfindungen massenhaft bereit, die sofort genutzt werden, wenn genügend Aufträge dafür eintreffen. Aber selbst in der Krisenzeit, bei starkem Auftragsmangel, werden hypermoderne Maschinen und Methoden überall eingeführt. So wurde, um ein paar Beispiele anzuführen, dieser Tage berichtet, daß eine „richtige Zeitungsmaschine“ fertig sei, die 30000 Umdrehungen (bisher allerhöchstens 20000) die Stunde macht und in dieser Zeit eine Papierbahn von fast 120 km bedruckt. Auf dem jüngsten amerikanischen Gewerkschaftskongreß wurde berichtet, daß jetzt Maschinen in Gebrauch sind, die je Tag 531 000 Glühbirnen herstellen. In New Jersey ist eine Fabrik für Kunstseide in Gang, deren Fabrikationsbetrieb in 24 Stunden, ohne einen einzigen Arbeiter im Betrieb zu brauchen, vor sich geht. Wie schon angedeutet, die Maschinisierung der Produktion wird noch stärker weitergehen, wenn sich je eine Besserung der Konjunktur zeigen sollte.

Es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß selbst, wenn wir wieder, was zur Zeit allerdings schwer

Die Verteilung der Neujahrs Geschenke

Den Reichen in Scheffeln — Den Armen in Teelöffeln

Eine jede Volksklasse, und innerhalb ihrer eine jede Gruppe, erwartet heute vom Staat, und nur von ihm, Hilfe und Unterstützung. Sie sind wohl sämtlich hilfsbedürftig, der Grad ihrer Not und Schwierigkeiten ist jedoch sehr verschieden. Daher gebietet die Gerechtigkeit, zunächst dort zu helfen, wo die Not am größten ist. Der Staat kann jedoch, da er selbst nichts hat, nur helfen, indem er seine Gaben von anderen Stellen nimmt, so daß seine Geschenke an bestimmte Gruppen vielfach auf Kosten der anderen gehen. Daher ist die gerechte Verteilung der Gaben von doppelter Wichtigkeit.

Die Geschenke des Staates an der Schwelle des neuen Jahres kamen verschiedenen Klassen zugute, jedoch keineswegs gleichmäßig.

Es hat den Anschein, als ob die Bauern am reichlichsten bedacht worden wären. Der Schein trügt aber, da die Bauern gar nicht gut weggekommen sind. Der Beimischungszwang der Butter zur Margarine wurde als eine Hilfsmaßnahme zugunsten der Bauern vom allmächtigen Landbund verlangt und durchgesetzt. Jedoch wird der Bauer nichts von ihr haben, da die Landbutter zur Margarineherstellung völlig ungeeignet ist, so daß allein die Molkereien ihren Absatz erhöhen werden. Der Verbrauch an Landbutter wird dagegen zurückgehen, da bei erhöhten Margarinepreisen die Kaufkraft für Butter weiter vermindert wird.

Gleichzeitig wurde der Regierung eine Ermächtigung zur Einschränkung der Einfuhr ölhaltiger Futtermittel gegeben. Für den Fall, daß sie davon Gebrauch macht, droht den Bauern und den Konsumenten die Gefahr der weiteren Verteuerung der Futtermittel zugunsten des Großbesitzes. Damit der Großgrundbesitz statt Getreide Ölsaaten erzeugt, dürften deren Preise nicht niedriger sein als die Getreidepreise. Dazu wäre aber eine gewaltige Zollbelastung dieser Futtermittel erforderlich. Statt der berechtigten Kontingente sollen die Landwirte zum Neujahr Zollerhöhungen erhalten. Sie müssen einige Wochen sich gedulden, bis die wichtigsten Handelsverträge (mit Holland, Schweden und Jugoslawien) ablaufen. Mit Frankreich ist die Sache bereits bereinigt. Wir wissen jedoch nicht, wie hoch die Zollerhöhung sein wird. Zölle, die die Einfuhr beinahe oder ganz ausschließen, sind noch schlimmer als Kontingente, sowohl für die Verbraucher, wie, unter handelspolitischem Ge-

sichtspunkt, für die Exportindustrien, die mit Gegenmaßnahmen des Auslandes zu rechnen haben. Zwischendurch wurden neue, niedrige Kontingente für Schmalz und für Holzschliff eingeführt. Auch davon können nur ungünstige handelspolitische Wirkungen ausgehen.

Die Banken und das industrielle Großkapital erhielten zum Neujahr zwei „Krankenhäuser“, in die eingefrorene Schulden und faule Wertpapiervorräte eingebracht werden können. Ein neuer Schritt zur Sanierung der Banken, gleichzeitig Hilfeleistung für die Unternehmer.

Die Hausbesitzer erhielten Steuerbegünstigungen. Sie sollen 200 Millionen Mark Steuerentscheine für gezahlte Hauszinssteuern erhalten, falls sie Reparaturen vornehmen. Die Mieten brauchen sie nicht herabzusetzen. Bestimmte Gruppen von ihnen werden von der Umsatzsteuer bei Vermietung gewerblich genutzter Räume befreit. Glücklicherweise wurde — bisher wenigstens — ihr Wunsch, einen gesetzlichen Zahlungsaufschub für die Tilgungsraten ihrer Hypothekendarlehen zu erhalten, nicht erfüllt. Er wäre der Ruin der Sparkassen, die sich erst jetzt von den Wirkungen der Vertrauenskrise zu erholen beginnen.

Der mittelständische Handel erhielt zum Neujahr das Verbot der Neugründung von Einheitspreisläden in sämtlichen Städten Deutschlands.

Was erhielten nun die Arbeiter? Die Arbeitslosen eine geringfügige Winterhilfe, deren Kosten einen kleinen Bruchteil sonstiger Unterstützungen ausmacht. Die Beschäftigten die Aufhebung der Lohnabbau-Verordnung bei Neueinstellungen. Die versprochenen Erleichterungen, die den sozialen Abbau früherer Notverordnungen einigermaßen rückgängig machen sollen, stehen noch aus. Einsteilen ist ihr Lebensunterhalt durch die Verteuerung der Margarine und (bei den beabsichtigten Zollsteigerungen) anderer Lebensmittel bedroht. Für sie kein Steuerabbau, dagegen für viele — es sind dies die ledigen Arbeiter — eine neue Belastung. Viele ledige Arbeiter müssen nämlich jetzt Bürgersteuer, von der sie bisher befreit waren, zahlen, da die steuerfreie Grenze jetzt nicht mehr bei 500 RM, sondern bei dem immer wieder gesenkten niedrigeren Richtsatz der Wohlfahrtsfürsorge liegt.

Aus dem Inhalt

	Seite
Die 30stündige Arbeitswoche — Die Verteilung der Neujahrs-geschenke — Butter und Margarine zu teuer	7
Die Gegner der Sozialisierung — Sieg des DMV in Berlin	8
Sein Jubiläum — Stahlbad Anno 17	9
Zur Neuwahl der Betriebsräte — Notwendigkeit gewerk-schaftlicher Jugendarbeit	10
Lebensmittelpnot in Rußland — Die Arbeitslosigkeit der Geldkapitalen	11
Rückerstattung der Wohlfahrtsunterstützung — Schriftenschau	12

vorstellbar ist, den Stand des Geschäftslebens von 1929 wieder erreichten, ein beträchtlicher Teil der heutigen Arbeitslosen auf der Straße bleiben wird. Die Aussicht ist zu fürchterlich, als daß nicht alle Kraft auf Abhilfe gerichtet werden müßte. Abhilfe aber kann nur eine Verkürzung der Arbeitszeit bringen. Diese muß noch mehr als bisher in den Vordergrund unserer gewerkschaftlichen und politischen Anstrengung gestellt werden. Darüber herrscht übrigens bei uns Einmütigkeit. Die Meinungsverschiedenheit beginnt erst bei der Frage, ob man die 40- oder die 30stündige Arbeitswoche zur Losung machen soll.

Gegen die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche sei kein Wort, keine Silbe gerichtet. Ihre gesetzliche Festlegung ist schon deswegen vonnöten, um den Betrieben, die stoßweis Aufträge bekommen, die Zuflucht zur Verlängerung der Arbeitszeit und Überstunden zu verammeln. Ganz abgesehen natürlich von dem allgemeinen Vorteil, den die gesetzliche Festlegung darstellt.

Allein, die 40stündige Arbeitswoche kann bloß eine Abschlagszahlung auf dem Wege zu noch kürzerer Arbeitszeit sein. Die Losung für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf kann die 40stündige Arbeitswoche nicht bilden, weil ihr die nötige Zugkraft fehlen würde. Denn sie besteht schon in unzähligen Fällen. Millionen Arbeiter schaffen ja nur noch 30, 25 und noch weniger Stunden die Woche. Für die Millionen Kurzarbeiter hat daher die Forderung nach der 40stündigen Arbeitswoche keinen Sinn; für sie braucht sie nicht mehr erstrebt zu werden. Diese Arbeitermassen würden mehr oder weniger gleichgültig beiseite stehen. Soll, was unerlässlich für jeden Erfolg ist, die Mehrzahl der Arbeiterschaft, soll sie ganz in Bewegung gebracht, mit Herz und Kampfwillen dabei sein, dann muß ein höheres Ziel gesetzt werden. Die Losung, das Streben, der Kampf muß Größeres gelten. Andernfalls man in den Geruch des Konservativen käme, und das just in einer Zeit, die an revolutionärem Drang ihresgleichen sucht.

Als Losung und Ziel muß daher zum mindesten die 30stündige Arbeitswoche gesetzt werden. Hiergegen werden Kleinbetriebe oder die Berufe, die in der Rationalisierung zurückgeblieben sind, Einwände haben. Jedoch für den Gang der industriellen Dinge ist die Großindustrie oder der Großbetrieb maßgebend. Zu seinem Stand werden sich die Kleinbetriebe rasch bequemen müssen, wollen sie nicht noch zahlreicher oder schneller ihren geschäftlichen Atem ausgeblasen haben.

Wenn man sieht, wie auf dem ganzen Erdenrund sich die Technik rasend weiterentwickelt; wenn man von

fachkundiger Seite hört, daß im Jahre 1931 mehr Menschenarbeit sparende Maschinen erfunden worden sind als in einem anderen Jahr vorher, und daß die einzige vollbeschäftigte Berufsgruppe die Hersteller von automatischen Maschinen sind; wie immer gründlicher auch Handel und Büro vermaschinisiert werden; wie berserkermäßig das Unternehmertum nach der menschenleeren Fabrik drängt — wenn man das alles sieht, dann kommt man zu dem Schluß, daß in kürzer Zeit selbst die 30stündige Arbeitswoche kein Ziel mehr sein wird, sondern Tatsache, so daß man heute schon, ohne Anspruch auf Kühnheit zu haben, den Vier- oder Dreistudentag als Ziel stellen müßte.

Darum muß mindestens die 30stündige Arbeitswoche die Lösung sein. Und sie darf, worüber hier ja kein Zweifel besteht, nicht bloß gefordert werden, sondern sie muß mit allen Kräften erstrebt, errungen werden. Durch eine solche Losung wird die gesamte Arbeiterschaft, vor allem unsere arbeitslosen Genossen, mit neuer Hoffnung erfüllt und die Kluft vermindert, die sich hier und da zwischen ihnen und ihren noch beschäftigten Kameraden aufgetan haben mag. Und für einen tatkräftigen Kampf für die 30stündige Arbeitswoche werden alle Teile und Richtungen des Proletariats bereit, zusammenzubringen sein.

Das sozialistische Führergeschlecht von 1889 hat durch seine phantastische Kühnheit in sehr erheblichem Maße zu dem gewaltigen Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung beigetragen. So vieler Kühnheit, als bei dem damaligen technischen, geistigen und gewerkschaftlichen Zustand für die Forderung des Achtstudententages notwendig war, braucht es für den Fünftudententag nicht. Aber dennoch Kühnheit, besonders bei den Maßnahmen zur Durchsetzung. Und diejenigen, die heute an der Vorderfront der Arbeiterbewegung stehen, die also verpflichtet sind, weiterzublicken, und die berufen sind, für das Notwendige die Losung zu finden, denen wird es, wie wir glauben, ebenfalls nicht an Kühnheit fehlen.

Es gibt keine andere Möglichkeit, die Arbeitslosen wieder in Beschäftigung und Brot zu bringen, sie vor der Verzweiflung und dem Abirren zu bewahren, als die Verkürzung der Arbeitszeit, die freilich mit Lohnausgleich verbunden sein muß. Ohne den Lohnausgleich wäre die Verkürzung der Arbeitszeit nur ein Ausgleich der Armut, die Verewigung der Wirtschaftskrise angelangt, worüber ein andermal zu sprechen sein wird.

Sieg des DMV in Berlin

Am 4. Januar fanden für den Bezirk Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Wahlen für die Bezirksleitungen statt. Die Verwaltungsstelle Berlin ist in 26 Bezirke gegliedert. Jeder dieser Bezirke wählt sich eine besondere Bezirksleitung, die die Agitation in dem betreffenden Wohngebiet zu besorgen hat. Der Bezirksleiter ist Mitglied der Mittleren Ortsverwaltung. Die Mittlere Ortsverwaltung ist für Berlin gleich einer erweiterten Bezirkskonferenz. Um die Bezirksleiterposten wird seit Jahren bei der Neuwahl ein heftiger Kampf geführt.

Auch in diesem Jahr haben die Kommunisten eine wüste Hetze gegen die Bezirksleitungen und besonders gegen die Ortsverwaltung von Berlin entfacht. In Flugblättern und verlogenen Zeitungsaufstellungen versuchten sie, die Ortsverwaltung und die Bezirksleitungen zu infamieren, ja sie gründeten sogar zu diesem Zweck eine erneute DMV-Oppositions-Zeitung, die im Dezember 1932 zum ersten Male herausgegeben wurde, um mit Hilfe dieser Zeitung eine Anzahl der Bezirksleitungen des DMV in Berlin zu erobern. Die RGO ging sogar so weit, in der Roten Fahne vom 1. Januar den Kollegen Ulrich als — Förderer der Inflation zu bezeichnen. Brachten doch diese Leute einen Artikel mit der Überschrift: „Ulrich fordert Inflation“. Wenn auch alles andere, was in dem Artikel gesagt wurde, nicht in Zusammenhang mit Ulrich gebracht werden kann, schadet aber nichts, denn alle Verleumdungen werden nur gebracht, um die Führer der Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Das Ergebnis dieser Hetze gegen die Führer des DMV ist ein glänzender Sieg für die positive Gewerkschaftsarbeit.

In 24 von 26 Versammlungen, in denen die Bezirksleitungen neu gewählt werden mußten, wurde die Bezirksleitung fast einstimmig wiedergewählt. Die zwei Versammlungen, in denen Wahlen nicht stattfanden, fanden an einem späteren Tag statt. Brachten es doch Moskaus Anhänger (RGO) noch nicht in allen Versammlungen zusammen auf 20 Stimmen. Die Abgesandten der Zentrale der KPD hatten zum Teil noch nicht einmal den Mut, die ihnen von ihren Vorgesetzten übergebenen Resolutionen in den Versammlungen einzubringen. Unter diesen Tapfern befand sich auch der Hauptschreiber Krauter, der in den 6. Bezirk delegiert worden war und nicht den Mut aufbrachte, die ihm mitgegebene Entschlüsselung, die er selber in einer Besprechung in den Haverlands-Festsälen am 30. Dezember 1932 angekündigt hatte, in dieser Versammlung selber einzubringen.

Die Berliner Metallarbeiter haben am 4. Januar einen großen Sieg errungen gegen die Gewerkschaftszerstörer. Jetzt gilt es, bei den Betriebsratwahlen den Sieg zu erneuern, um endlich auch den Feinden der Arbeiterbewegung das Handwerk ein für allemal zu legen.

Der unvergeßlichste Reichskanzler †

Der Generaldirektor der Hapag und frühere Reichskanzler Cuno ist gestorben. Wenn wir ihm ein paar Zeilen widmen, so nur, weil es seine Unvergeßlichkeit gebietet. Seine politische Leistung übersteigt sogar etwas die seines Amtsnachfolgers Brüning, was gewiß viel besagen will: Durch die Politik Cunos wurden Millionen Deutsche zu Millionären, während durch Brünings Politik Millionen Deutsche zu Bettlern wurden. Bevor Cuno das deutsche Volk als Reichskanzler beglückte, war er als Hauptreferent für kriegswirtschaftliche Fragen im Reichsschatzamt tätig, als welcher er die Entschädigungen für die zu Kriegszwecken benutzten Handelsschiffe zu besorgen hatte. Hier muß er sich einfach goldig erwiesen haben, denn er wurde vom Reichsschatzamt in die Verwaltung der Hapag berufen. Für die goldige Tüchtigkeit Cunos spricht die fürstliche Höhe des Gehalts, das ihm die große Reederei zahlte, die bekanntlich ihr Geld nicht umsonst ausgibt. Eine derart brauchbare Kraft mußte natürlich an eine hohe politische Stelle, als die Ruhrbesetzung mit Inflation da war. So wurde der ausgezeichnete Melker der Staatskasse zum Reichskanzler berufen. Die deutsche Mark sank ins Bodenlose, die großen Patrioten wie Stinnes konnten den größten Raub, der jemals an einem Volke verübt wurde, durchführen. Erst als die Mark auf eine Billion gesunken und kaum noch etwas für die großen Patrioten zu holen war, machte Cuno die Tür der Reichskanzlei von außen zu. Er ging zur Hapag zurück, wo er sich dann wieder bei den amerikanischen Freigeldern tüchtig für das Privatkapital bewährte. Nun ist unser teuerster Reichskanzler dahin. Die großen Patrioten werden ihm Kränze nachwerfen. Millionen Männer, Witwen und Waisen werden ihm auch etwas nachwerfen, aber keine Kränze.

Deutsche Gesundheitsprecher

Den Jahreswechsel hat eine Anzahl Persönlichkeiten benutzt, mit einem Sprüchlein die Behauptung: Es geht aufwärts! zu bekräftigen. Wir lassen einige folgen:

Robert Bosch, der württembergische Industrielle: Der Aufschwung in unserer Wirtschaft ist zu bemerken.

Regierungsrat Dr. Demuth: Manche Anzeichen weisen nach oben. Der Luftschiffer Dr. Hugo Eckener: Eine Belebung und Besserung muß einsetzen.

Abt. Frohwein, Reichsverband der deutschen Industrie: Eine hoffnungsvollere Prognose für das Jahr 1933 ist durchaus nicht unbegründet.

Reichsminister a. D. Dr. Külz: Die Zeichen einer langsamen Wiedergesundung mehreren sich.

Bankier Hans Fürstenberg: ...Ansätze zu einer Besserung. Preissenkungskommissar Dr. Goerdeler: Die Überzeugung, daß wir ungefähr am tiefsten Punkte angelangt sind, entnehme ich... der Tatsache, daß die Erkenntnis über die wahren Zusammenhänge überall zündet.

Damit möge es des Zitiertens genug sein. Wie töricht die Sprüche sind, wird jeder an dem Gange der wirtschaftlichen Dinge selbst nachprüfen können. Den guten Propheten scheint noch immer nicht gedämmert zu sein, daß auch der Kapitalismus kein Münchhausen ist, der sich am eigenen Schopf aus dem Schlamm ziehen vermag. Bislang hat immer die Arbeiterbewegung die kapitalistische Mißwirtschaft aus dem Dreck gezogen. Das wird ja auch jetzt wieder versucht. Aber der Kapitalismus ist dermaßen faul, daß er durch keine Macht mehr gesund zu machen ist. Er wird vollends krepieren. Sein Grabgesang ist ein millionenstimmiger Freudenschrei. Wir werden uns gestatten, hier und da an die Sprüche der Propheten zu erinnern, um zu zeigen, wie weise unsere Oberschicht ist.

Der doppelte Sinn des Hungersterbens

„Hungersterben kann“, so erklärte Lassalle in einer seiner berühmten Reden, „in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortwährend eine größere Veranschlagung von Kräften vornimmt, als man infolge schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit... Nur, daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist demnach ein permanenter.“

Die Gegner der Sozialisierung

Im Mittelpunkt des Programms der freien Gewerkschaften Deutschlands für den Umbau der Wirtschaft steht die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Es handelt sich um alte Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die zur Verwirklichung bereits seit langer Zeit reif sind, die aber ihre besondere Aktualität dadurch gewonnen, daß das Versagen des industriellen Großkapitals und daß der Wunsch, mit der Mißwirtschaft des schwerindustriellen Großkapitals endlich aufzuräumen, auch die breitesten Kreise der Öffentlichkeit bereits durchdrang. Selbstverständlich sieht das Unternehmerkapital diese Bestrebungen mit starkem Mißbehagen.

Die neueste Propagandaschrift gegen die Sozialisierung entstammt der Feder eines Syndikus der Schwerindustrie, Dr. Fr. A. Pinkerneil. Die allgemeine Einstellung der Schrift, auf reine Stimmungsmache gerichtet, verherrlicht den deutschen Kapitalisten in einer Weise, die nur ein mitteilendes Lächeln hervorrufen kann. Der Großkapitalist sei der Heros der Wirtschaft, der Staat dagegen die Verkörperung einer schwerfälligen Bürokratie. Der deutsche Großunternehmer, dem stets nur der Dienst am Staat und der Dienst am Volke am Herzen liege, sei ein freier, selbstbewußter Industrieller. Der Unternehmer trage das Risiko für sein Unternehmen, der Staat kann unbekümmert um das Risiko wirtschaften und verschwenden. Die Korruption sei eine Eigentümlichkeit des Staatsbetriebes; es wird vom einflußreichen Stadtverordneten gesprochen, der seinen Neffen unterbringen will oder ein Grundstück von einem anderen Stadtverordneten kauft. Der Aufsichtsrat in der Privatwirtschaft sei eine gut funktionierende Einrichtung, dagegen sei „der Aufsichtsrat bei den staatlichen Gesellschaften, gemessen an seinen in der Privatwirtschaft bestehenden Aufgaben, eine Farce“.

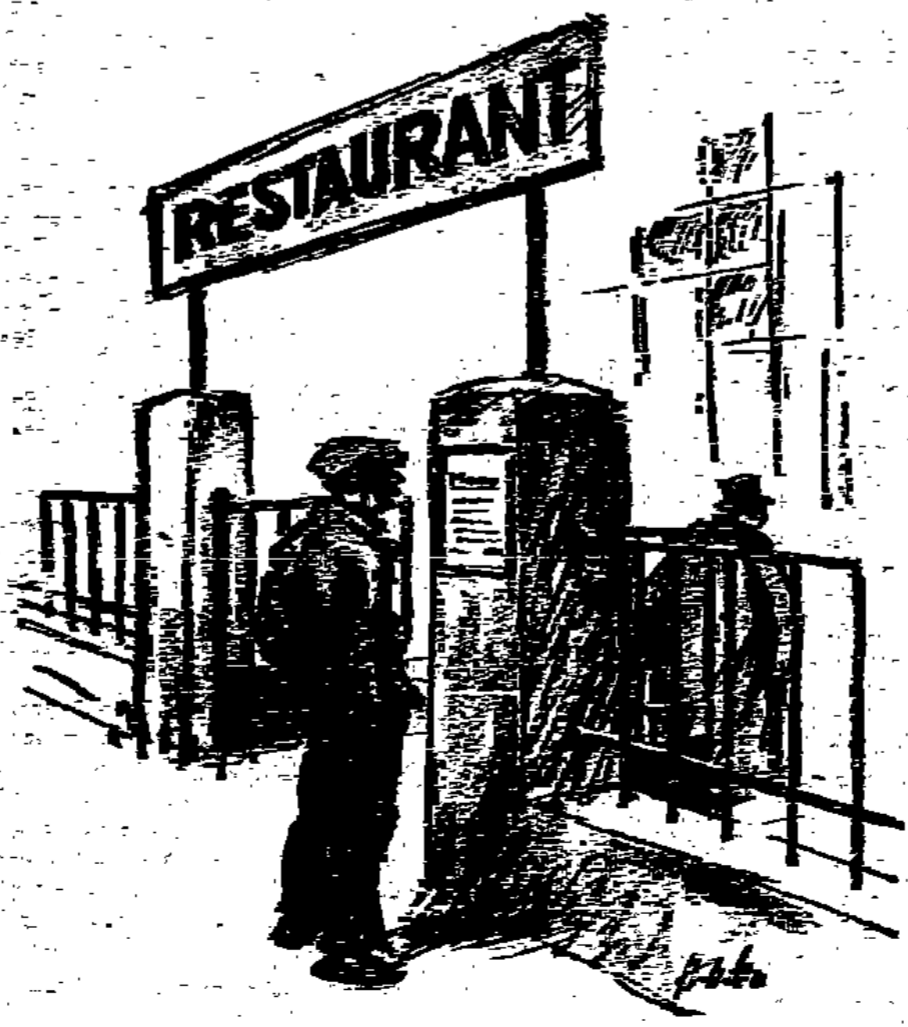
Kann man mit solchen Behauptungen noch einen Hund von dem Ofen locken? Glaubt heute noch ein ernster Mensch, daß der deutsche Großunternehmer frei ist und das Risiko seines Unternehmens trägt? Jeder weiß, daß er von Zöllen und Kartellen lebt, und wenn er trotzdem keinen Erfolg hat, so muß ihm der Staat mit Subventionen bespringen, so daß er sich vom „Erfolg“ völlig freigemacht hat.

Sehr besorgt ist nun Herr Dr. Pinkerneil darüber, woher der Staat das Geld für die Sozialisierung des Bergbaus und die Fortführung der Betriebe nehmen würde. Die Bergbauunternehmer müssen der Verfassung gemäß entschädigt werden. Woher die Entschädigungssummen? Der sozialdemokratische Gesetzentwurf fordert die Bemessung der Entschädigungen auf Grund der gegenwärtigen niedrigen Börsenkurse. Damit ist Dr. Pinkerneil freilich unzufrieden. Für Entschädigungen aber in der Höhe, wie er es für erwünscht hielt, hätte der Staat kein Geld.

Es ist eine eigentümliche Sache mit der Finanzierungsfrage. Der Staat kann, ja muß Milliarden zur Verfügung haben, wenn es sich um die Sanierung bankrotter Unternehmungen oder Bankanstalten handelt. Da wird nicht danach gefragt, woher der Staat das Geld nehme. Just für die Übernahme des Bergbaus kann der Staat kein Geld haben! Herr Dr. Pinkerneil stört dabei nicht der kleine Widerspruch, daß der Staat, der, wie er sich darüber beschwerte, in der Zeit vor der Krise 22 Milliarden Mark für Anlagen in die öffentliche Wirtschaft aufbringen konnte, jetzt nicht einmal die Summen zur Verstaatlichung des Bergbaus herbeischaffen kann!

Seinen schwersten Angriff gegen die Sozialisierung führt der Verfasser der Streitschrift wegen des politischen Charakters dieser Forderung. Er führt in diesem Zusammenhang die Erklärungen des christlich-sozialen Imbusch an, in seiner Rede am 10. Januar 1932 in Essen und in seinem Artikel einige Wochen danach, in denen es heißt: „Die Unternehmer haben für alles Geld, nur nicht für Arbeiter. Sie haben Geld genug für die Bearbeitung der Presse und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, für Zuschüsse für gewisse Blätter und gewisse Parteien, für gelegentliche und ständige Mitarbeiter und für ihre Werkzeitungen. Wenn das deutsche Volk sich eine solche Wirtschaft gefallen läßt, dann hat es verdient, ein Sklavenvolk zu sein. Die Unternehmenschaft besitze kein Recht, das in den Betrieben erarbeitete Geld auszugeben, um politische und wirtschaftliche Macht über die Massen des Volkes zu erzielen, auch kein Recht, die Erträgnisse der Betriebe zur Unterstützung der arbeiterfeindlichen Politik der Rechtsradikalen herzugeben.“

Statt sich gegen diese schweren Anklagen zur Wehr zu setzen, bekämpft Dr. Pinkerneil die Sozialisierung damit, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Forderungen nur aus politischen Gründen stellten. Unsere Antwort darauf ist die, daß wir die Sozialisierung aus wirtschaftlichen Gründen fordern, um an die Stelle der planlosen kapitalistischen Mißwirtschaft eine planwirtschaftliche Regelung zu setzen. Wenn aber mit diesem Ziel verbunden ist die Brechung der Wirtschaftsmacht der Feudalherren, die diese in politische Macht umzusetzen und am größten mißbrauchten, so kann dadurch die Forderung der Sozialisierung nur auf das wirksamste bekräftigt werden.





Zur Neuwahl der Betriebsräte

Durch die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hatte sich die damalige Reichsregierung Brüning die Ermächtigung geben lassen, die Amtsdauer der Personen in sozialen Ehrenämtern, soweit diese Amtszeit im Jahre 1932 abläuft, um ein Jahr zu verlängern...

gedanken und sie wollen die freien Gewerkschaften nur „vom Marxismus reinigen“. Die Kriegsmittel sind die gleichen wie bei den Kommunisten: Verunglimpfung der Gewerkschaftsführer. Auch die Nazis hoffen, mit dieser „Taktik“ die Mitglieder in Gegensatz zu den Funktionären zu bringen...

Die Nazioten müssen überall da in die Bresche springen, wo die Unternehmer gezwungen sind, die Forderungen der Gewerkschaften zu bewilligen. Schon dadurch, daß die Unternehmer Mitglieder dieser von Prinzen, Generalen, Grafen und Großgrundbesitzern geführten „Arbeiterpartei“ sind, ist die Einstellung der Nazis dem geldspendenden Unternehmertum gegenüber gekennzeichnet.

Das einzige Bollwerk, das die Reaktion bisher gehindert hat, alle Trümmer voll auszuspülen, sind die freien Gewerkschaften. Was mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Sozialversicherung und vielem anderen ohne dieses Bollwerk geschehen wäre, darüber dürfte wohl kein Zweifel herrschen. Daß dieses Bollwerk nicht stark genug war, alle Anstürme der Reaktion abzuschlagen, daran tragen die Arbeiter Schuld...

Erfreulicherweise hat trotz der Krise der Betriebsrätgedanke keinen Rückschlag erlitten. Das hat seinen guten Grund. Die Arbeiter sehen in ihren Gruppenräten immer mehr ihre Rechtsvertreter, denen sie ihre privaten Angelegenheiten unterbreiten, wie auch als Gesamtheit die Regelung von Streitigkeiten übergeben...

Ein wesentliches Erfordernis für das erfolgreiche Wirken der Betriebsvertretungen ist eine gute gewerkschaftliche Rückendeckung der Belegschaften. Nur dann, wenn dies der Fall, kann eine Belegschaft mit Aussicht auf Erfolg den Kampf um ihre Belange aufnehmen...

Die Strategen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ wie auch die von der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ werden alle Minen springen lassen, um gegen die Gewerkschaften Betriebsratsätze zu ergattern. Mit welchen Mitteln von den beiden „Freunden“ gekämpft werden wird, läßt die bisherige Erfahrung leicht voraussagen...

Die Kommunistische Partei oder ihre RGO ist, wenn es sich um Parolen zur Zersplitterung und Verwirrung der Arbeiterschaft handelt, nie in Verlegenheit. Freilich, wenn mit Parolen und Entschleibungen in Bandwurm-länge unsere Lage gebessert würde, müßte es uns geradezu glänzend gehen. Aber Phrasengecklingel und Wortdrescherei sind noch lange keine Beweise von Kampfesmut...

Zum eisernen Bestand des Walzenlagers der RGO gehört der Schmus vom üppigen Leben der Gewerkschaftsbonzen. Die Weckung des Neids ist nach der Auffassung der KPD-Führer die geeignetste Art zur „Revolutionierung der Köpfe“, die dann später zur „reifen politischen Erkenntnis“ führe. Freilich, nur die „verräterischen Gewerkschaftsbonzen“ müsten sich von Arbeitergroschen, wohingegen die Strategen von der RGO ausgesuchte Idealisten sind, die zu ihrer Lebensfristung sogar auf Licht und Luft verzichten...

Unsere Kollegen im DMV haben in den letzten Jahren Übergang Anschauungsunterricht vom „Wirken“ der RGO gehabt. Mit der Eroberung der Betriebe werden sich also die Mäuschen noch ein Weilchen gedulden müssen. Das gilt auch für die Nazis. Sie haben zwar von den Kommunisten allerhand gelernt. Beide Sorten „Revolutionäre“ sind wesensverwandt. Auch die „Erbauer des Dritten Reiches“ sind Todfeinde der freien Gewerkschaften. Zwar fangen es die Nazis nach ihrer Meinung schoner an; sie bejahren angeblich den Gewerkschafts-

Notwendigkeit

gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Noch vor einem Jahrzehnt konnte man der Meinung begegnen, gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse auch ohne Errichtung besonderer gewerkschaftlicher Jugendabteilungen geleistet und fruchtbar gestaltet werden können. Diese Auffassung war nicht zutreffend, weil man übersah, daß die bis dahin erkennbare Distanzierung der Älteren von den Jüngeren zum Nutzen gedeihlicher Zukunftsarbeit ohne Gruppe nicht zu überbrücken war...

Heute ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit Allgemeingut. Heute stehen wie selbstverständlich die gewerkschaftlichen Jugendgruppen neben denen der Älteren, und, wie die Entwicklung lehrt, nicht zum Nachteil der Gewerkschaften, wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Heute findet die schulentlassene Jugend vom frühesten Zeitpunkt an Raum und Betätigungsfeld innerhalb der Organisation, deren Träger sie zukünftig werden soll...

Die Jugendarbeit der Gewerkschaft hat sich darauf zu erstrecken, zunächst in der Jugend den Sinn für gewerkschaftliche Organisation und Organisationsarbeit zu wecken. Sie ist folgerichtig fortzuführen, indem man den jugendlichen Wert und Erfolge gewerkschaftlichen Wirkens aufzeigt und sie nach und nach selbst zu aktiver Gewerkschaftsarbeit heranzieht. Obwohl der beruflichen Schulung und fachlichen Qualifizierung hoher Wert beizulegen ist, darf doch die gewerkschaftliche Erziehung nicht zu kurz kommen...

Aber ein weiterer, nicht zu unterschätzender Umstand ist für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit von größter Beachtlichkeit: durch sachliche, aufbauende Arbeit die Jugend vom Weg der Phrase auf den der Tatsächlichkeiten zu lenken. Allein diese Aufgabe begründet hinreichend den Wert der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der um so größer ist, je intensiver und sorgfältiger die Gewerkschaft auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Jugendarbeit tätig ist.

Nazis und RGO traut vereint

Im oberbayrischen Chemiegebiet geht die RGO gleichfalls für ihren Laden haustieren. Ihr ist auch da kein Mittel zu schlecht, wenn es gilt, die Gewerkschaften zu bekämpfen. So kommt man schließlich der Betriebsratswahlen im Aluminiumwerk Töging a. Inn. erleben, daß RGO und die Nationalsozialisten in einer gemeinsamen Sitzung über einen „einheitslichen“ Wahlvorschlag berieten, um vereint in die Front der organisierten Arbeiterschaft einzubrechen. Allerdings ist dieses Manöver der Nazis und Kozis gescheitert...

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 - 67 53

Mit Sonntag, dem 15. Januar, ist der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Januar 1933 fällig.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs 4 zu ermäßigen. Das Beitrittsgeld beträgt danach für männliche über 18 Jahre alte Personen ... 50 Pf. für weibliche über 18 Jahre alte Personen ... 25 Pf. für Jugendliche beiderlei Geschlechts sowie für Lehrlinge ... 15 Pf.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Vorwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Vorwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Vorwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorstand

Nacht an die Belegschaft des Werkes verteilt wird, seine Freude haben, denn sie strotzt von Bonzenbüschen, umsonst bezahlten Gewerkschaftsbeiträgen, Streikabwürfern, Arbeiterverrätern und ähnlichem Unsinn, während man Vorschläge zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes oder Angriffe gegen die Unternehmer in diesem kommunistischen Blättchen vergeblich sucht. Der Betriebsrat des Werkes gab darauf die einzig richtige Antwort, indem er die Belegschaft zu einer Versammlung aufrief...

Die Betriebsversammlung vom 16. Dezember nimmt mit Unterstützung von der gemeinen und jeder sachlichen Grundlage entbehrenden Verleumdung ihrer Betriebsvertretung Kenntnis. Sie stellt fest, daß sie die niederträchtige Art von Agitation, wie sie von den Kommunisten betrieben wird, als offenen Verrat empfindet. Diese sogenannte Betriebszeitung, die ohne jede Unterschrift in der Dunkelheit von werksfremden Leuten an die Belegschaft verteilt wird, ist kein Mittel, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sondern das Machwerk gewisser Drahtzieher, denen die Geschlossenheit der Stickstoffarbeiter ein Dorn im Auge ist.

Vier Wochen in Dürrenberg

Der Zug entführte mich meinem alltäglichen Wirkungskreise. Endlich sollte mein langersehnter Wunsch Wirklichkeit werden, sollte ich im Kreise gleichgesinnter Menschen auf der Wirtschaftsschule des DMV in Dürrenberg die geistigen Waffen schärfen. Aus allen Gauen des Reiches waren gleichzeitig Kurssteilnehmer gekommen. Die gleiche Gesinnung schlang schnell das Band der Gemeinschaft um uns. Je mehr wir unter der kameradschaftlichen Leitung der Genossen Graf, Stitz und Eichler in den Lehrstoff eindringen, um so mehr fühlten wir die Lücken unserer Volksschulbildung...

Eine angenehme Abwechslung im Unterrichtsbetrieb waren die Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung. Besonders zwei haben einen tiefen Eindruck hinterlassen. An einem Tage besichtigten wir die Braunkohlengruben in Groß-Kayna. Hier war es der Genosse Graf, der uns die Entstehung der Braunkohlengruben schilderte. Sie sind nichts anderes, als im Schlamm versunkene Vorzeitwälder und -pflanzen, die unter luftdichtem Abschluß zu Braunkohle wurden. Mitversunkene Fische, Krebse und ölhaltige Algen sorgen für den Fettgehalt. Der nächste Ausflug galt dem Leunawerk, das ebenfalls sehr eindrucksvoll ist. Hier sieht man zwischen den riesigen Bütten und Destillationsmaschinen verschwindend wenig Arbeiter.

Viel zu rasch vergingen die vier Wochen, und die herrlichen Tage, ausgefüllt von der von Gemeinschaftsgeist getragenen Arbeit, neigten sich ihrem Ende zu. Die Stätten proletarischer Gemeinsamkeit sind blühende Oasen in der kapitalistischen Wüste. Mit dem Gelobnis, der Verwirklichung des Sozialismus die Wege zu ebnen, kehrten die Kurssteilnehmer, geistig besser gerüstet, auf ihre Posten in der freien Arbeiterbewegung zurück.

Willi Franke.

Jubilärfest in Gaggenau

Die Verwaltung in Gaggenau veranstaltete zu Ehren ihrer Jubilare eine gediegene Feier in ihrem Heim. Nach einem Gesangsvortrag begrüßte Kollege Schulenburg die Versammlung. Neben dem Dank der Verwaltung wie des Vorstandes gedachte er jener Zeit, wo die Jubilare dem Verband beigetreten sind. Ohne Eigennutz, nur die Besserstellung und schließliche Befreiung der Arbeiterklasse im Auge, mußte der Kollege in der Vorkriegszeit, auf sich selbst angewiesen, Mut und Entschlossenheit an den Tag legen. Weder Tarifvertrag noch Arbeitsrecht oder Betriebsrätegesetz schützten den Arbeiter damals; er war Kämpfer in eigener Sache wie für die gesamte Arbeiterklasse. Besonderer Dank gebühre auch den Frauen, die Seite an Seite mit den Jubilaren gekämpft haben. Mit dem Rufe: Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr! schloß Schulenburg unter allgemeinem Beifall seine Ansprache. Nun erhielt jeder Jubilar eine geschmackvoll gebundene Ehrenurkunde nebst Jubiläumsnadel. Kollege Schucker dankte für die Jubilare und gelobte in deren Namen, nach wie vor treue Mitglieder des DMV zu bleiben. Es folgten dann ernste und heitere Lieder, was zur Hebung der Stimmung nicht wenig beitrug. In Gaggenau wurden diesmal 32 Kollegen geehrt, die dem Verbands über 25 Jahre angehören. Damit ist die Zahl der Jubilare der Verwaltungsstelle Karlsruhe, zu der Gaggenau gehört, auf 388 angewachsen.

Die Arbeitslosigkeit der Geldkapitalien

Häufig ist in letzter Zeit die Rede von der Arbeitslosigkeit der Reichsbank, die sich im starken Rückgang der von ihr gewährten Wechselkredite kundgibt.

Da die Umsätze zurückgingen, die Vorräte allmählich verkauft wurden, so wurde bei den Unternehmern umfangreiches Geldkapital frei.

Ein anderes Betätigungsfeld fand das arbeitslose Geldkapital im Ausland, wo es zur Rückzahlung von langfristigen Krediten deutscher Unternehmen verwendet wurde.

Arbeitslose Geldmillionen — arbeitslose Menschenmillionen — es ist die Todsünde der kapitalistischen Wirtschaft, daß die beiden wegen der Absatzkrise nicht zusammenkommen können.

Bahnelektrifizierung schafft Arbeit

Die elektrotechnischen Firmen AEG, Siemens-Schuckert und Brown, Boveri & Cie haben eine Denkschrift über die Auswirkungen der Elektrifizierung von Reichsbahnstrecken herausgegeben.

Die genaue Nachprüfung des Lohnanteils bei der Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Stuttgart hat ergeben, daß rund 80 vH der Bausumme auf Lohn entfallen.

Im aufgeblasenen Nazi-Apparat

Wimmelt von Postenjägern

Um den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zu brechen, um „in die marxistische Front einzufallen“, wie es schon heißt, organisiert die Nationalsozialistische Partei die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation.

Die Industrie des Siegerlandes ist heute zu vier Fünftel stillgelegt. Die Herren der Ruhr haben das Siegerland in den Jahren der beschleunigten Konzentration ausgekauft (auch ein Beitrag zu dem Kapitel: „Kapitallenkung“).

Bei der Besichtigung einer nur scheinbar verkürzt arbeitenden Hütte sprach ich mit dem Betriebsleiter einer Abteilung. Er trug das Abzeichen der NSBO.

Von einem vorher dort beschäftigten Kollegen erfuhr ich dann, daß die heute noch im Betrieb beschäftigten NSBO-Leute nie freiwillig in eine Organisation eintraten.

Lebensmittelnot in Rußland

Der Ausbau des russischen Industrieapparats macht starke Fortschritte. Auf der anderen Seite ist jedoch der wirtschaftliche Fortschritt auf einmal durch die gewaltige Lebensmittelnot in Frage gestellt.

Eine Gefahr entstand allerdings dadurch, daß die Bauern, ehe sie in die Kollektivwirtschaften eintraten, einen großen Teil ihres Viehbestandes abschlachteten.

Die Ursache der geringfügigen Produktion ist neben dem oben erwähnten Mangel an Düngemitteln auch ein Mangel an Aussaatgut, wozu noch fehlende Arbeitsdisziplin, Unzulänglichkeit der Maschinen und der Geräte und auch Mangel an der nötigen Ausbildung hinzukamen.

Bisher wurden die Industriearbeiter von den Konsumgenossenschaften mit Lebensmitteln versorgt.

Wie die NSBO in Wirklichkeit aussieht, soll ein zweites Beispiel aus Oberschlesien, auch einem wirtschaftlich hart umkämpften Wirtschaftsgebiet, zeigen.

„Die NSBO ist nichts anderes als ein politisches Propagandainstrument, mit dem man, wie es bei den Nazis heißt, den ‚Marxismus sturmreif‘ machen will.“

Das sagt einer, der Bescheid weiß, nämlich der frühere „Pg.“ Kurt Friebe, Kreisleiter im Bezirk Militsch-Trachenberg (O.-S.).

Mögen sich unsere Kollegen in den Betrieben von diesen Leuten nicht einschüchtern lassen.

dann keine Lebensmittelkarten erhalten kann, während der leistungsfähige Arbeiter eine größere Ration bekommt.

Die Getreideaufbringung von den Kollektivwirtschaften und den Bauern will aber die Regierung mit den bekannten Mitteln des Zuckerbrots und der Peitsche fördern.

Man kann füglich bezweifeln, ob die Gewaltmaßnahmen gegen die Bauern und die Kollektivwirtschaften zu einem Erfolg führen werden.

Rückgang der Eisenerzeugung

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller schätzt, daß die Weltroheisenproduktion von 98,7 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 39 Millionen Tonnen im Jahre 1932 zurückgegangen ist.

In derselben Zeit verringerte sich die Rohstahlgewinnung von 122 Millionen Tonnen auf 50 Millionen Tonnen (Rückgang ebenfalls drei Fünftel).

In Deutschland macht die Schrumpfung beim Stahl etwa 65 vH und die Schrumpfung beim Roheisen etwa 70 vH aus.

Rückerstattung der Wohlfahrtsunterstützung

Eine ungeheuerliche Bestimmung

Der § 25 der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 mit den durch die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 eingetretenen Änderungen lautet:

Der Unterstützte ist verpflichtet, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersetzen.

Der Unterstützte ist berechtigt, den Ersatz zu verweigern, soweit und solange er kein hinreichendes Vermögen oder Einkommen hat...

Von dem Unterstützten sind nicht zu ersetzen:

- a) die Kosten der Wochenfürsorge;
- b) die Kosten der Erwerbsbefähigung Blinder, Taubstummer und von Krüppeln;
- c) Fürsorgeleistungen, die ihm vor Vollendung seines 18. Lebensjahres gewährt worden sind.

Der Unterstützte kann den Ersatz von Kosten der Behandlung wegen einer ansteckenden Geschlechtskrankheit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 (RGBl. I S. 61) und der Behandlung wegen tuberkulöser Erkrankung verweigern, soweit und solange es unbillig ist, Ersatz zu verlangen...

Zu dieser Sache wird uns geschrieben: Die Pflicht, Wohlfahrtsunterstützung zurückzahlen, atmet wilhelminischen Geist. Man muß den Kopf schütteln über die Verbohrtheit, womit die Regierungen den armen Teufel verfolgen. Noch keiner Regierung ist es eingefallen, von den Großpensionären oder den ostelbischen Fürsorglingen die Rückerstattung der schweren Unterstützungen zu fordern. Dem Proletarier aber, der unschuldig ins Elend gekommen ist, dem wird die Pflicht zeitlebens ans Bein gebunden.

Der Arbeiter, der noch in Arbeit steht, mag er noch so wenig verdienen, oder dem es geglückt ist, durch eine Anwartschaft die Annahme der Wohlfahrtsunterstützung zu umgehen, kann immer noch einen Hoffnungsschimmer haben. Was wird aber aus den „Unglücklichen, die schon jahrelang Wohlfahrtsunterstützung beziehen? Müssen nicht Hunderttausende bei dem Gedanken an die Zukunft von heller Verzweiflung gepackt werden? Wenn sie bei einer Besserung der Verhältnisse wieder Beschäftigung erhalten, schwebt da nicht dauernd die Rückerstattung wie ein Damoklesschwert über ihren Köpfen? Ist diese Rückerstattungspflicht nicht schlimmer als die Kette, die die Sklaven früherer Zeit an den Beinen herumschleppen mußten?

Nehme das ja keiner leicht; es könnte einst ein böses Erwachen geben. Wird nicht viel von der Vereinfachung der

Arbeitslosenversicherung geredet? Hier könnte man mit einem Schlage zwei Fliegen schlagen. Wenn auf den ersten Antrag hin nach sechs Wochen die Papiensche Hilfsbedürftigkeit einsetzt, müßte der Unterstützungssatz für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt werden. Ferner müßte dann die Erlangung einer neuen Anwartschaft vollkommen wegfallen, ganz gleich ob der Unterstützte wieder in Arbeit kommt und wie lange diese dauert. Er ist einmal von der Arbeitslosenversicherung übernommen worden und bleibt drin. Die Versicherung würde deswegen bestimmt nicht mit einem Pfennig mehr belastet werden wie gegenwärtig, wenn die Wohlfahrtsgelder mit hinzugefügt werden. Aber viel Arbeit und Geld würden gespart werden. Millionen von Volksgenossen würden wieder hoffnungsfroh in die Zukunft sehen.

Der Anfang ist gemacht. Seit dem 28. November 1932 werden alle Arbeitslose, die ausgesteuert sind, in der Krise bis zum 31. März 1933 zurückgehalten, damit die Gemeinden diesen Winter unter der Wohlfahrtslast nicht zusammenbrechen. Man stößt dabei aber sofort wieder auf die Rückerstattungs-pflicht. Während derjenige, der einige Tage vorher ausgesteuert wird, mithin in der Wohlfahrt seine Rückerstattungs-pflicht anerkennen muß, bleibt sie dem anderen, der einige Tage nachher ausgesteuert wird, aber laut Verordnung in der Krise bleibt, erlassen. Nutzen wir also die Zeit bis zum 1. April 1933, das Arbeitslosenversicherungsgesetz so auszubauen, daß von dieser Zeit an alle gesunden arbeitswilligen Volksgenossen von der Wohlfahrt ferngehalten und nur in der staatlichen Arbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden, wo es eine Rückzahlungs-pflicht nicht mehr gibt. Wenn der Staat in der Verfassung anerkennt, daß jeder Deutsche ein Recht auf Arbeit hat, er ihm aber keine Arbeit nachweisen kann, dann soll er ihn wenigstens so lange unterstützen, bis er Arbeit für ihn hat, nicht aber sein zukünftiges Arbeitseinkommen mit der Rückzahlung beeinträchtigen. Der ADGB sollte seine ganze Kraft einsetzen, um die ungeheure Ungerechtigkeit, die in der Rückerstattung der Wohlfahrtsunterstützung liegt, zu beseitigen und die damit notwendig werdende Umänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bis zum 1. April 1933 durchzusetzen.

Schriftenschau

Zwei Kumpel. Erzählung aus den sozialen Kämpfen im Ruhrrevier. Von G. Werner. 240 S. Geb. in Ganzleinen 2,70 M. Verlag: Die Knappschaft, Berlin-Steglitz, Flemmingstraße 13. — Hier wird der opferreiche Kampf mit den Zechenbesitzern des Ruhrgebiets, mit dem „Stinnes-System“, in lebendigen Farben



Ein guter Priem
der immer ihm
die Arbeit kürzt
und kräftig würzt.
das ist der GEG.
delikate
KAUTABAK
aus seinem
KONSUMVEREIN!

geschildert, welcher Anstrengung es bedurfte, um den „Herren im eignen Hause“ ein wenig Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Knappen beizubringen, und wie brutal jeder Versuch, gegen den Stachel zu löken, gerochen wurde. Ferner fährt man aus dem Buche die Furcht die Hasenherzigkeit bestimmter Teile der Knappschaft, wenn es galt, sich gegen die tierische Beutesucht der Herren zu wehren, denen freilich auch die Behörden gar zu oft beistanden. Aus dem dunklen Gemälde sticht Otto Hué, der Bergarbeiterführer, als immer hilfsbereiter und mutspendender Kamerad hervor. Man meint, diese Schilderung stamme aus dem Vormärz, zeichnet indessen eine kaum hinter uns liegende Zeit.

Gewerkschafts-Archiv. Die erste Nummer dieser gewerkschaftlichen Monatsschrift enthält Aufsätze von Karl Zwing über die Gewerkschaftspolitik am Jahresende 1932, Betrachtungen zur Lohndiskussion von Hans Thalmann, Ein neues Krisenjahr oder Umschwung?, woran sich die GA-Tribüne anschließt. Der Aufsatz von Zwing ist besonderer Beachtung wert.

Die Frau im Recht. Von Dr. Th. Fischauer. Dietz-Verlag, Berlin SW 68. Gebunden 2,50 M. In diesem Buche werden die mannigfachen Bestimmungen des privaten und öffentlichen Rechts, welche für die Frauen besondere Bedeutung haben, namentlich die Fragen des Ehe- und Scheidungsrechts, in klarer Weise erörtert.

Im Wirrwarr

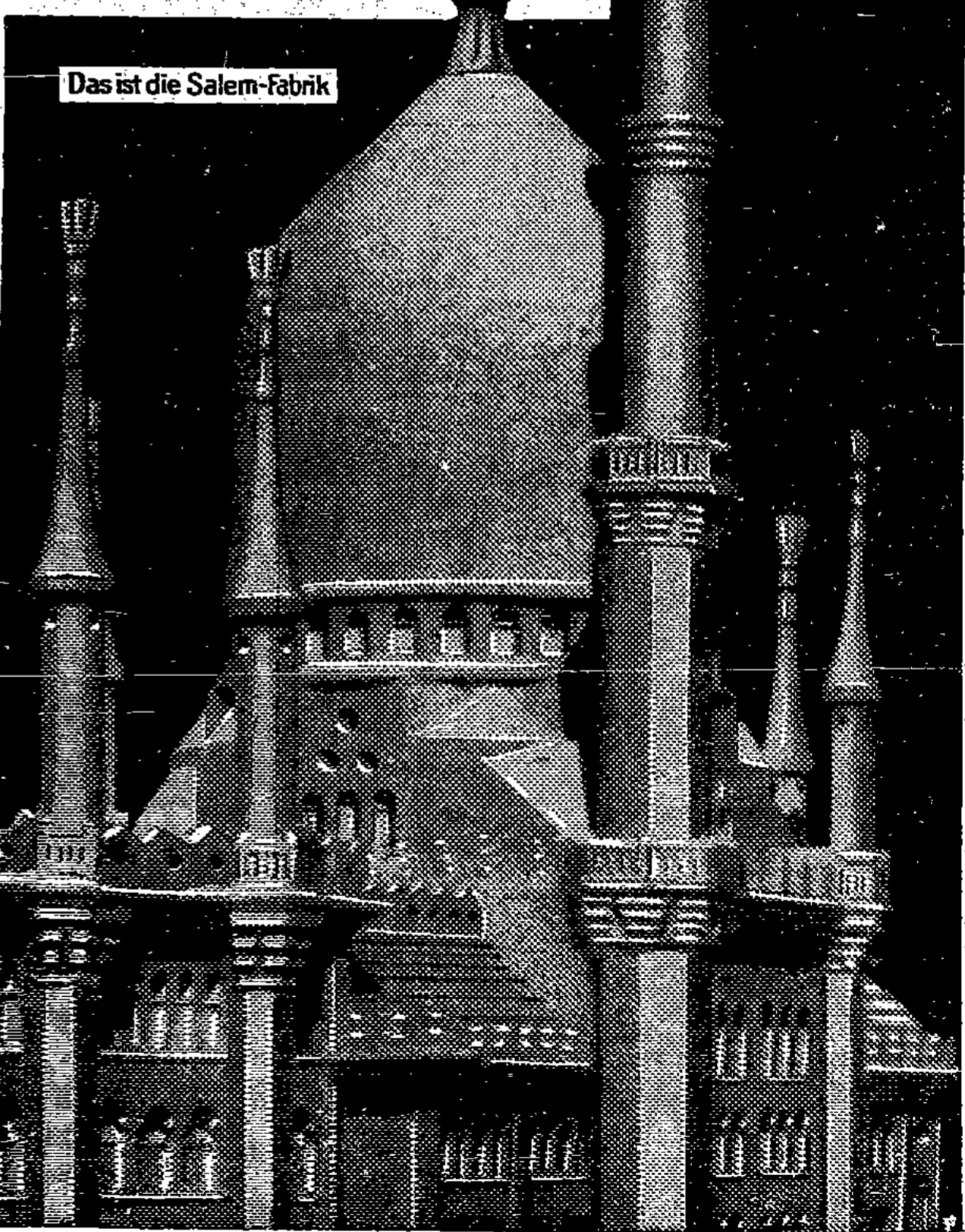
des Warenmarktes gibt es eine Zigarettenmarke, die seit Jahrzehnten dank ihrer überragenden Qualität die Führung hat:

die milde SALEM

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

3 1/3

Das ist die Salem-fabrik



Bücher und Broschüren aller Art

liefert zu verbilligten Preisen durch die Verwaltungsstellen unseres Verbandes

Verlagsgesellschaft des DMV GmbH - Berlin SW 68

Werkzeuge aller Art
Werkzeuge aller Art
Werkzeuge aller Art
Hagen 1. W. 102.

Kauft bei den
Insumenten
unseres Blattes

Billige böhmische Bettfedern

— Nur reine guttillende Sorten —
Ela 1/2 große geschlossene Mk. 2,50
Ela 1/2 große weiße Mk. 4,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 5,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 6,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 7,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 8,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 9,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 10,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 11,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 12,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 13,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 14,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 15,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 16,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 17,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 18,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 19,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 20,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 21,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 22,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 23,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 24,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 25,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 26,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 27,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 28,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 29,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 30,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 31,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 32,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 33,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 34,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 35,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 36,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 37,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 38,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 39,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 40,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 41,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 42,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 43,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 44,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 45,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 46,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 47,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 48,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 49,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 50,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 51,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 52,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 53,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 54,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 55,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 56,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 57,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 58,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 59,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 60,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 61,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 62,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 63,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 64,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 65,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 66,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 67,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 68,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 69,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 70,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 71,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 72,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 73,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 74,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 75,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 76,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 77,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 78,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 79,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 80,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 81,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 82,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 83,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 84,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 85,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 86,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 87,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 88,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 89,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 90,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 91,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 92,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 93,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 94,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 95,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 96,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 97,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 98,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 99,00
Ela 1/2 große weiße Mk. 100,00

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pfg. bessere Qualität 80 Pfg. halbweiße, flammige 1 M. 1 M 20. weiße, flammige, geschlossene 1 M 50. 1 M 90. 2 M 50. feinste, geschlossene Halbflamme-Herrschaftsfedern 3 M. 4 M. 5 M. Rufffedern, ungeschlossene, mit Flaum gemengt, halbweiß 1 M 35. weiß 1 M 65. weiß, allerfeinste Flaumwpt 2 M 25. 3 M 25. 4 M 25. Muster u. Preise kostenlos. Versand jeden Menge-zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zur. S. BENISCH in PRAG XII., AMERICA ULICE NR. 669, BÖHMEN.